**Ausschreibungsverfahren
der Arbeitsgemeinschaft Breitband Landkreis Börde**

**Pachtweise Überlassung und Betrieb noch zu errichtender
passiver Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetze (FTTB)
auf Basis des sog. Betreibermodells
in den Planungsclustern 1 bis 3 im Landkreis Börde
(Vergabe einer Dienstleistungskonzession)**

**VERGABEDOKUMENTATION
Gemeinde Barleben**

I. Auftraggeber

Gemeinde Barleben
vertreten durch den Bürgermeister
Ernst-Thälmann-Straße 22, 39179 Barleben

II. Vergabestelle

Arbeitsgemeinschaft Breitband
Arbeitsgemeinschaft (Arge) Breitband LK Börde
c/o Landkreis Börde/Der Landrat
Fachbereich I
Triftstraße 9 – 10, 39387 Oschersleben

Vergabestelle für die Kommune aufgrund der gebildeten Arbeitsgemeinschaft (Arge)
Breitband Landkreis Börde

III. Ausschreibungsgegenstand/Beschaffungsgegenstand

1. Geförderter Breitbandinternetausbau

Die Kommune beabsichtigt, die Breitbandinfrastrukturen im Gemeindegebiet zu ertüchtigen und auf der Grundlage des Betreibermodells gemäß Nr. 3.2 der Richtlinie für die Förderung zur Umsetzung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland gemeindeeigene, passive Breitbandinternetinfrastrukturen zu planen und selber zu errichten.

Die Investitionssumme liegt bei 10,704 Mio. €. Der Bund fördert das Projekt mit 3,667 Mio. €. Für die spätere Nutzung des Netzes stehen etwa 245 potentielle Geschäftskunden und etwa 4.000 potentielle Privatkunden zur Verfügung.

2. Netzbetreiber

Die Kommune wird die von ihr errichteten Breitbandinfrastrukturen nicht selber betreiben. Diese Aufgabe soll ein privatwirtschaftlich agierender Netzbetreiber übernehmen.

Gegenstand dieser Ausschreibung ist daher die pachtweise Überlassung eines passiven NGA-Breitbandnetzes in der Kommune sowie dessen Betriebsführung für die Dauer von mindestens 18 Jahren zu marktgerechten Bedingungen im Konzessionsmodell. Ziel des Vergabeverfahrens ist es, einen Netzbetreiber zu ermitteln, der die zu errichtende passive Breitbandinfrastruktur auf FTTB-Basis mit aktiven Netzkomponenten ausstattet, während der Vertragslaufzeit betreibt

und wartet. Dem Netzbetreiber sollen zwei Verlängerungsoptionen eingeräumt werden, zunächst für weitere sieben Jahre und sodann für weitere 10 Jahre, welche er jeweils mindestens 24 Monate vor Vertragsende anzeigen muss. Die Kommune sieht ohne diese Optionen nicht die Möglichkeit, dass sich das Netz für die Kommune, aber auch für den Netzbetreiber, wirtschaftlich über kürzere Zeiträume betreiben lässt.

IV. Auftragswertschätzung

1. Die Investitionssumme der Kommune liegt bei etwa 10,704 Mio. €.
2. Die Kommune rechnet damit, dass sich mit dem Netz jährlich Einnahmen bei Geschäftskunden von etwa 146.000,00 € erzielen lassen, bei Privatkunden von etwa 86.000,00 €.

Das Finanzierungsmodell (Businessplan) des TÜV/TKI der Kommune Barleben ist als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

3. Geht man für die Berechnung des Auftragswertes entsprechend § 2 Abs. 3 Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV) vom voraussichtlichen Gesamtumsatz ohne Umsatzsteuer für die gesamte Vertragslaufzeit einschließlich aller etwaigen Vertragsverlängerungen aus, so würden sich potentielle Einnahmen für Geschäftskundenanschlüsse auf etwa 5,1 Mio. € belaufen, für Privatkunden auf etwa 3,01 Mio. €.

Der Auftragswert liegt daher bei etwa 8,11 Mio. €.

V. Verfahrensart

Die Kommune hat sich vor diesem Hintergrund mit der Frage auseinandergesetzt, welche Verfahrensart vergaberechtlich hier zur Anwendung kommen könnte:

1. Beihilfen- und förderrechtliche Vorgaben

a) Vorgaben der EU-Breitbandleitlinien

Um Wettbewerbsverfälschungen in dem grundlegend liberalisierten TK-Markt und Breitbandsektor zu begrenzen, unterliegt die Gewährung staatlicher Beihilfen für Breitbandprojekte (Finanz- und Sachbeihilfen) bestimmten rechtlichen Anforderungen. Neben einer vorherigen Prüfung des lokalen Marktgeschehens (Markterkundungsverfahren bzw. öffentliche Konsultation) ist obligatorisch ein „wettbewerbliches Auswahlverfahren“

durchzuführen.¹ Dieses Auswahlverfahren muss „mit dem Geist und den Grundsätzen der EU-Vergaberichtlinien im Einklang stehen“. Dies bedeutet, dass öffentliche, transparente Ausschreibungsverfahren durchzuführen sind, die potentielle TK-Netzbetreiber in die Lage versetzen soll, Angebote für die Durchführung und/oder Verwaltung von Breitbandförderprojekten unterbreiten und damit an der Förderung partizipieren zu können. Es sind hierbei die vergaberechtlichen Grundsätze von gleichberechtigter und diskriminierungsfreier Behandlung aller Bieter einzuhalten. Ferner zählen nach den EU-Breitbandleitlinien auch vorab definierte objektive Beurteilungskriterien zu den unverzichtbaren Mindestvoraussetzungen.

Durch die Einhaltung dieser Mindestvorgaben soll der sog. „selektive Charakter“ von Fördermaßnahmen bei der Auswahl einzelner TK-Netzbetreiber auf ein Minimum reduziert werden.² Werden diese Kriterien nicht eingehalten, droht ein Verstoß gegen EU-Beihilfen- und Förderrecht, das sehr weitreichende, negative Folgen haben kann (bis zur vollständigen Projektrückabwicklung zzgl. Zinszahlungen etc.).³

Die EU-Breitbandleitlinien weisen im Übrigen auch darauf hin, dass Auswahlverfahren vorrangig über landesweite, zentrale Internetportale (z. B. www.breitbandausschreibungen.de) veröffentlicht werden sollen. Aus Fn. 99 EU-Breitbandleitlinien lässt sich ebenfalls entnehmen, dass ein EU-weiter Wettbewerb durch entsprechende Ausschreibungen sicherzustellen ist, sofern sich aus den EU-Vergaberichtlinien eine entsprechende Anwendbarkeit ergibt (dies insbesondere bei Überschreiten der EU-Schwellenwerte).

Weitergehende, vor allem vergabespezifische Anforderungen (z.B. zur Verfahrensart) sehen die EU-Breitbandleitlinien selber jedoch nicht vor. Schon allein wegen der expliziten Verweise auf die EU-Vergaberichtlinien ist jedoch anzunehmen, dass diese parallel bzw. autonom zu den Vorgaben aus den EU-Breitbandleitlinien zu berücksichtigen sind. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf die jeweils einschlägige und daher anzuwendende Verfahrensart (siehe hierzu weiter unter Ziff. II.).

¹ vgl. Rn. 78 c) der EU-Breitbandleitlinien vom 26.01.2013 (2013/C 25/01).

² wie FN zuvor.

³ vgl. z. B. Verwaltungsgericht Freiburg, Urteil vom 29.11.2016, Az. 3 K 2814/14.

b) Vorgaben aus dem deutschen Breitbandförderrecht

Das deutsche Förderrecht zum Breitbandausbau knüpft weitgehend deckungsgleich an den vorgenannten EU-rechtlichen Vorgaben an. So heißt es unter § 5 Abs. 4 der sog. NGA-Rahmenregelung⁴ wie folgt:

„Die Bestimmungen des Haushalts- und Vergaberechts sind zu beachten, die Ausschreibungen müssen mit dem Geist und den Grundsätzen der EU-Vergaberichtlinie in Einklang stehen.“

Verweise auf die Einhaltung des nationalen und europäischen Vergaberechts finden sich daher auch in weiteren förderrechtlichen Regelwerken, z. B.

- Ziffer 5.3 der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015 (1. überarbeitete Version vom 20.06.2016)
- Nr. 3 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften im (ANBest-Gk), Stand: 21.09.2016
- Nr. 2 der Besonderen Nebenbestimmungen für die auf Grundlage der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ durchgeführten Antrags- und Bewilligungsverfahren, die Umsetzung von Projekten und dazu gewährte Zuwendungen des Bundes (BNBest-Gk).

Weitere Detailvorgaben für die Durchführung des vorgeschriebenen wettbewerblichen Auswahlverfahrens und zu einschlägigen Verfahrensarten enthalten die vorgenannten Regelungen jedoch ebenfalls nicht. Es kommt insoweit auf die Vorgaben des (EU-)Vergaberechts an.

⁴ Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden *Next Generation Access* (NGA)-Breitbandversorgung vom 15.06.2015.

c) Zwischenergebnis

Aus den EU-Breitbandleitlinien, aber auch aus dem hieran anknüpfenden deutschen Förderrecht folgt, dass in Breitbandprojekten **wettbewerbliche Auswahlverfahren** durchzuführen sind, die – abhängig davon, ob die EU-Schwellenwerte erreicht bzw. überschritten werden – EU-weit oder deutschlandweit ausgeschrieben werden müssen.

Zu der Frage, nach welcher konkreten **Verfahrensart** die Auswahlverfahren durchzuführen sind, **schweigen die vorgenannten Regelungen jedoch**.

2. Für Breitbandprojekte vergaberechtlich einschlägige Verfahrensarten

Aus dem Vorgenannten ergibt sich, dass mangels Detailregelungen für das wettbewerbliche Auswahlverfahren auf die generellen Vorgaben des (EU-)Vergaberechts zurückzugreifen ist. Da insoweit das EU-Beihilfen- und Förderrecht und das Vergaberecht ineinandergreifen, empfiehlt es sich prinzipiell, auf eine möglichst strenge Einhaltung vergaberechtlicher Anforderungen zu achten, um Rückforderungsrisiken wegen Verstöße gegen das EU-Beihilfenrecht/Förderrecht nach Möglichkeit auszuschließen. Dies betrifft auch die Frage nach der vergaberechtlich anzuwendenden Verfahrensart. Denn auch die Wahl einer falschen Verfahrensart kann – wie bereits erfolgt – zu Rückabwicklungen von Förderprojekten führen.⁵

Die bisher vorhandene vergaberechtliche Rechtsprechung kommt zu dem Ergebnis, dass der Aufbau von Breitbandinfrastrukturen und deren Betrieb über einen bestimmten Mindestzeitraum gegen Zahlung eines bestimmten Förderzuschusses jedenfalls zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke als sog. Dienstleistungskonzession im Sinne von § 105 Abs. 1 Nr. 2 GWB eingeordnet werden kann, vgl.

- VK Südbayern, Beschluss vom 27.05.2015, AZ: Z3-3-3194-1-15-03/15 (= ZfBR 2015, 713)
- OLG Karlsruhe, Beschluss vom 14.11.2014, AZ: 15 Verg 10/14 (= VPR 2015, 46)

⁵ Vgl. z. B. Verwaltungsgericht Münster, Urteil vom 07.09.2016, Az. 9 K 3118/12.

- OLG München, Beschluss vom 25.03.2011, AZ: Verg 4/11 (= BauR 2011, 1385)

Für Betreibermodelle existieren, soweit ersichtlich, bisher keine Gerichtsentscheidungen. Folgendes hierzu:

Im Betreibermodell hat der Betreiber eine jährliche (Grund-)Pacht zu zahlen und unter Nutzung der passiven Glasfaserinfrastrukturen zuverlässige und hochwertige Breitbandinternetzugangangebote für alle privaten und gewerblichen Anschlussnehmer im Erschließungsgebiet zu marktüblichen Preisen und Konditionen für einen langen Zeitraum sicherzustellen. Für die Einordnung als „Dienstleistungskonzession“ kommt es darauf an, ob der Netzbetreiber damit ein echtes Betriebsrisiko im Sinne einer Dienstleistungskonzession übernimmt. Begriffsprägend für die Dienstleistungskonzession ist, dass der öffentliche Auftraggeber dem Auftragnehmer – Konzessionär – eine im öffentlichen Interesse stehende Dienstleistung überträgt und ihm anstelle einer Vergütung ein Verhalten oder eine Nutzung gestattet, aus der sich der Konzessionär für die auf eigenes wirtschaftliches Risiko zu erbringende Dienstleistung bezahlt macht (BGH, Beschluss vom 08.02.2011, X ZB 4/10; OLG Celle, Beschluss vom 05.02.2004, 13 Verg 26/03).

Konzessionen sind also Vertragskonstellationen – in einer Dreierbeziehung – bei denen die Gegenleistung für die Erbringung des Auftrages nicht in einem vorher festgelegten Preis, sondern in dem Recht besteht, die zu einem vorher festgelegten Preis, sondern in dem Recht besteht, die zu erbringende eigene Leistung zu nutzen (EuGH, Urteil vom 04.11.2013, C-221/12). Der Konzessionär muss dabei den „Risiken des Marktes“ derart ausgesetzt sein, dass er das mit der Konzession eingehende Betriebsrisiko ganz oder zumindest zu einem wesentlichen Teil selber übernimmt.

Die Kommune geht hier davon aus, dass der Netzbetreiber durch die Vermarktung und die Zahlung einer festen Passivpacht, zuzüglich einer aktiven Pacht, den Risiken des Marktes und anderer Wettbewerber über die Vertragslaufzeit ganz erheblich ausgesetzt ist. Insofern dürfte hier auch im Betreibermodell – wie auch im Wirtschaftlichkeitslückenmodell – eine Dienstleistungskonzession vorliegen.

Folge aus dieser Einordnung als Dienstleistungskonzession ist, dass das Vergabeverfahren nach Maßgabe der Regelungen der Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV) auszugestalten ist.

Mit Blick auf die einschlägige vergaberechtliche Verfahrensart ist in der KonzVgV geregelt, dass die Durchführung der Ausschreibung von Dienstleistungskonzessionen an den Vorschriften der Vergabeverordnung (VgV) zum Ablauf eines **Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb** auszurichten ist (vgl. § 12 KonzVgV).

3. Ergebnis und Bildung Planungscluster mit Losen

Vor diesem Hintergrund haben sich Kommune und Vergabestelle dazu entschlossen, einen europaweiten Teilnahmewettbewerb mit anschließendem Verhandlungsverfahren nach der Konzessionsvergabeverordnung i.V.m. der Vergabeverordnung durchzuführen.

Die Kommune gehört als rechtlich eigenständiges Los 3 zum ausgeschriebenen Planungscluster 1.

VI. Bekanntmachungen

1. Am 01.11.2016 hat die Vergabestelle im Supplement des Amtsblattes der Europäischen Union die Konzessionsbekanntmachung für das entsprechende Planungscluster veröffentlicht.

Eine Durchschrift der Konzessionsbekanntmachung für das Planungscluster aus dem Supplement des Amtsblattes der Europäischen Union vom 01.11.2016 ist als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

Am 09.11.2016 hat die Vergabestelle eine Änderungsmitteilung an das Amtsblatt der EU verschickt: Die Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge sollte erst am 13.12.2016, 12:00 Uhr, enden.

Die Änderungsmitteilung für das Planungscluster ist als Anlage ebenfalls Bestandteil der Vergabedokumentation.

2. Ferner hat die Vergabestelle die Konzessionsbekanntmachung und die Ausschreibungsunterlagen auf dem offiziellen Förderportal des Bundes unter www.breitbandausschreibungen.de veröffentlicht.

Auch diese Veröffentlichung ist als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

3. Des Weiteren hat die Vergabestelle den Teilnahmeantrag und sämtliche Ausschreibungsunterlagen auf der Homepage www.evergabe.sachsen-anhalt.de veröffentlicht.

Auch diese Veröffentlichung ist als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

4. Abschließend hat die Vergabestelle die Ausschreibungsunterlagen ebenfalls noch auf der Homepage <https://breitband.sachsen-anhalt.de/nga-ausbauprojekt> veröffentlicht.

Auch diese Veröffentlichung ist als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

Die Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge endete am 13.12.2016, um 12:00 Uhr.

VII. Erstellung der Ausschreibungsunterlagen

Zum Zeitpunkt der o.g. Veröffentlichung der Bekanntmachung lagen die Ausschreibungsunterlagen wie folgt vor:

- Ausschreibungsbekanntmachung (Langversion) mit Verfahrensbedingungen, Planungscluster 1,
- Verfahrensbedingungen mit Wertungsmatrix, Planungscluster 1,
- Netzbetriebsvertrag zur Verhandlung, Planungscluster 1,
- Angebotsunterlage Planungscluster 1.

Diese Ausschreibungsunterlagen sind zu Informationszwecken zum Zeitpunkt der Bekanntmachung auf den Internetseiten www.breitbandausschreibungen.de,

www.evergabe.sachsen-anhalt.de und <https://breitband.sachsen-anhalt.de/nga-ausbauprojekt> veröffentlicht worden.

Die oben aufgeführten Ausschreibungsunterlagen sind als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

VIII. Eingang der Teilnahmeanträge

Am 13.12.2016 um 12:00 Uhr lagen folgende Teilnahmeanträge vor:

- Telekom Deutschland GmbH,
- pepcom GmbH,
- Bewerbergemeinschaft NGN Telekom GmbH und ropa GmbH & Co. KG,
- DNS:NET GmbH,
- Innexio KG aA.

Die Teilnahmeanträge sind als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

Die Vergabestelle hat die Teilnahmeunterlagen auf Vollständigkeit und Einhaltung der vorgegebenen Mindesteignungskriterien überprüft. Sämtliche Bewerber sind aufgefordert worden, Unterlagen nachzureichen.

Die Auswertung in Tabellenform ist als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation, ferner die Anschreiben an die Bewerber und die eingegangenen Nachlieferungen der Bewerber.

Die Vergabestelle hat sodann die Nachlieferungen im Januar 2017 ausgewertet. Ergebnis war, dass die Bewerbergemeinschaft NGN Telekom GmbH und ropa GmbH & Co. KG ferner der Bewerber Innexio KGaA nicht weiter berücksichtigt werden konnte.

Der hierfür gesondert erstellte Vergabevermerk zum Ausschluss dieser beiden Bewerber ist als Anlage ebenfalls Bestandteil der Vergabedokumentation, ferner die verschickten Absageschreiben an diese beiden Bewerber.

IX. Angebotsaufforderungen

Am 03.02.2017 hat die Vergabestelle die Bieter

- Telekom Deutschland GmbH,
- pepcom GmbH und
- DNS:NET GmbH

aufgefordert, ein erstes Angebot für den Netzbetrieb abzugeben.

Durchschriften der Aufforderung zur Abgabe eines ersten Angebots mit Anlagen an die drei Bieter sind als Anlagen Bestandteil der Vergabedokumentation.

Anlagen waren ein ausführliches Anschreiben, die Verfahrensbedingungen mit Wertungsmatrix, eine Übersicht zu den voraussichtlichen Aufwendungen des Netzausbaus, der Entwurf des Netzbetriebsvertrages, die Angebotsunterlage mit Anlagen (Eigenerklärungen) und die Erklärung des TK-Netzbetreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen (sogenannte TKU-Erklärung).

Die Frist für die Abgabe des ersten, indikativen Angebotes ist auf den 28.02.2017, 12:00 Uhr, bestimmt.

Die o.g. Aufforderung zur Abgabe des ersten Angebotes, ferner die Anlagen, sind als Anlagen Bestandteil der Vergabedokumentation.

X. Rückfragekolloquium

Am 15.02. und am 22.02.2017 hat ein Rückfragekolloquium mit den drei Bietern stattgefunden, um Fragen zur Erstellung des ersten Angebotes zu klären.

Die Ergebnisprotokolle dieser drei Rückfragekolloquien sind als Anlagen Bestandteil der Vergabedokumentation.

XI. Verfahrensrüge

Mit Datum vom 14.02.2017 versandte der Bieter Telekom Deutschland GmbH eine Verfahrensrüge an die Arbeitsgemeinschaft Breitband Landkreis Börde.

Das Rügeschreiben ist als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

Die Vergabestelle antwortete hierauf.

Das Antwortschreiben ist als Anlage ebenfalls Bestandteil der Vergabedokumentation.

Weitere Rügen sind in dem Verfahren nicht ausgesprochen worden.

XII. Eingang der ersten Angebote

Der Bieter Telekom Deutschland GmbH gab kein Angebot ab.

Am 28.02.2017 lagen Angebote der DNS:NET Internetservice GmbH, ferner der pepcom GmbH vor.

Diese Angebote sind als Anlagen Bestandteil der Vergabedokumentation.

XIII. Verhandlungen

1. Bieter pepcom GmbH

Am 09.03.2017 fanden mit dem Bieter pepcom GmbH Verhandlungen statt.

Einzelheiten können dem finalen Verhandlungsprotokoll in der Anlage als Bestandteil der Vergabedokumentation entnommen werden.

Mit Schreiben vom 24.03.2017 teilte der Bieter pepcom GmbH mit, aus dem Ausschreibungsverfahren auszusteigen und kein (überarbeitetes/wirtschaftlicheres Angebot) mehr abgeben zu wollen.

Das Schreiben vom 24.03.2017 ist als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

2. Bieter DNS:NET GmbH

Mit dem Bieter DNS:NET GmbH fanden am 09.03.2017, am 30.03.2017 und am 27.04.2017 Verhandlungen statt.

Einzelheiten können den finalen Verhandlungsprotokollen entnommen werden, die als Anlagen Bestandteil der Vergabedokumentation sind, ferner den erläuternden Anschreiben an den Bieter.

Mit Schreiben vom 24.03.2017 übersandte der Bieter DNS:NET GmbH ergänzende Unterlagen nach dem Bietergespräch vom 09.03.2017. Ferner übersandte der Bieter DNS:NET GmbH nach dem Bietergespräch vom 30.03.2017 mit Schreiben vom 12.04.2017 weitere, ergänzende Unterlagen.

Auch diese Unterlagen vom 24.03.2017 und vom 12.04.2017 des Bieters DNS:NET GmbH sind als Anlagen Bestandteil der Vergabedokumentation.

XIV. Aufforderung zur Abgabe letztverbindliches Angebot

Am 10.05.2017 ist der Bieter DNS:NET GmbH zur Abgabe eines letztverbindlichen Angebots aufgefordert worden. Bestandteil der Angebotsaufforderung war ein Anschreiben, die Angebotsunterlage, ferner der final ausgehandelte Vertragsentwurf.

Die Unterlagen zur Aufforderung zur Abgabe des letztverbindlichen Angebotes sind als Anlagen Bestandteil der Vergabedokumentation.

XV. Eingang letztverbindliches Angebot

Am 15.05.2017 lag das letztverbindliche Angebot des Bieters DNS:NET GmbH vor, einschließlich aktualisiertes Angebot zur Grundpacht, der unterzeichneten Angebotsunterlage und des finalen, unterzeichneten Netzbetriebsvertragsentwurfs.

Das letztverbindliche Angebot ist als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

XVI. Auswertung und Einbeziehung BNetzA

Das letztverbindliche Angebot entspricht dem ausgehandelten Ergebnis und den Anforderungen an die Ausschreibung. Mit der angebotenen Grund- und Aktivpacht kann die Finanzierung gemäß Businessplan vom 28.04.2017 sichergestellt werden.

Der finale Vertragsentwurf ist am 17.05.2017 der Bundesnetzagentur (BNetzA) zur Prüfung übermittelt worden. Mit Schreiben vom 08.06.2017 hat die BNetzA zu dem Vertragsentwurf Stellung genommen.

Das Anschreiben an die BNetzA und die Stellungnahme der BNetzA sind als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

XVII. Mitteilungen und beabsichtigter Vertragsschluss

Die Bieter pepcom und Telekom sind über den Abschluss des Verfahrens informiert worden.

Die Informationsschreiben sind als Anlage Bestandteil der Vergabedokumentation.

Der Vertragsschluss (=Zuschlagserteilung) soll nunmehr mit DNS:NET GmbH erfolgen.

Ort _____, Datum _____

Unterschrift(en)

Anlagen (wie im Text erwähnt)